

1905/J XXI.GP
Eingelangt am: 15. 02. 2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen
betreffend Tierarzneimittel

Seit Jahren weisen verschiedene ExpertInnen auf die negativen Begleiterscheinungen der Massentierhaltung hin. Nur mit Hilfe intensiver Hormon- und Antibiotika - Behandlung ist diese Form der Tierzucht überhaupt möglich. So umfassen bereits Futtermittel entsprechend der gleichlautenden Verordnung 2000 regulär diverse Kokzidanzien und Antibiotika. Seit Jahren decken vermutlich an die tausend Landwirte (Kurier 7.2.2001) ihren Bedarf an Tierarzneimitteln illegal aus Billig - Quellen der sogenannten „Autobahntierärzte“. Nach einer Studie von Dr Klaus Rhomberg, der sich auf eine deutsche Studie stützt, sterben in der BRD jährlich 40.000 Menschen an resistenten Keimen, wovon ein relevanter Teil bei Tieren resistent wurden. Das gesundheitsgefährdende Potential von Tierarzneimittel (TAM) ist in der Forschung unbestritten. Trotzdem wird ihr legaler und illegaler Einsatz in Österreich laut einem Kontrollbericht der EU - Generaldirektion in höchst unzureichendem Ausmaß überwacht. Folgenschwere Mängel in der Fütterung und massive Fehler bei der Haltung bis hin zur Tierquälerei wurden von den veterinärmedizinischen Behörden toleriert und totgeschwiegen. Auch ministerielle Kontrollberichte, die halbjährlich der Kommission zu übermitteln sind, sollen manipuliert worden sein.

Als Ursache dieser Missstände werden Kompetenzaufsplitterung und überlastete Amtstierärzte angeführt. Dazu der Bericht der EU - Kommission: „Mehrere Amtstierärzte in den Bezirken äußerten Beschwerden dahingehend, dass zur Erfüllung aller geforderten Aufgaben und zur Durchführung der Kontrollbesuche in angemessener Weise nicht genügend Personal zur Verfügung stehe.“ Selbst EU - Kommissar Fischler spricht von „Schwächen in der Futtermittelkontrolle“.

Zu diesen eklatanten Missständen fügt sich noch eine von verschiedenen Kritikern konstatierte mangelhafte Vorgangsweise bei Anzeigen und Strafverfolgungen. Wiederholt wurde Anzeigen bei den zuständigen Behörden nicht im erforderlichen Ausmaß nachgegangen. Als Bundesland mit dem höchsten Tierbestand und der Grenznähe zu Bayern, ist Oberösterreich besonders betroffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Aus welchen Gründen wurden nicht rechtzeitig Konsequenzen aus den von verschiedenen Tierärzten aufgezeigten Missständen und kriminellen Handlungen gezogen?
2. Welche Maßnahmen werden Sie im Hinblick auf die „manipulierten Berichte“ an die Kommission in Brüssel unternehmen?
3. Wie stehen Sie zur Tatsache, dass die EU - Prüfer „Strafmaßnahmen gegen die österreichischen Behörden“ empfehlen? Welche sind konkret gemeint?
Welche Konsequenzen werden Sie ziehen?
4. Wann genau wurden die österreichischen Behörden von den Behörden Bayerns bzw dem deutschen Bundes - Landwirtschaftsministerium über konkrete Verdachtsfälle gegen deutsche Tierärzte und deren Arbeit in Österreich im Zusammenhang mit TAM informiert?
5. Welcher konkrete schriftliche bzw mündliche Kontakt erfolgte zu welchem Zeitpunkt?
6. Wann genau wurden nach diesen jeweiligen deutschen Informationen die oö. Behörden informiert?
7. Zu welchem konkreten Datum ergingen dabei welche Informationen an wen?
8. Welche konkreten Reaktionen erfolgten daraufhin zu welchem Datum von den oö. Behörden? Welche konkreten Konsequenzen wurden daraus gezogen?
9. Laut einem Pressebericht (Kurier 4.2.2001) ist der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die Fleisch - Krise, Univ. Prof. Josef Leibetseder, Aufsichtsratsmitglied einer oberösterreichischen Pharmafirma, die chinesische Antibiotika vertreibt („OTC“) deren Anwendung illegal ist. Erscheint ihnen die Doppelfunktion von Prof. Leibetseder nicht reichlich fragwürdig? Was Ihnen seine Aufsichtsratsfunktion bekannt?